

Über 300 Organisationen rufen zum Umdenken im Flüchtlingsschutz auf: Es geht auch anders!

Zum Weltflüchtlingstag stellt sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Wohlfahrt, Menschenrechtsarbeit, Kirchen und Zivilgesellschaft unter dem Motto „Es geht auch anders! Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt“ gegen die Entrechtung von schutzsuchenden Menschen. 75 Jahre nach Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention formulieren sie in einem Memorandum eine Zukunftsvision für einen starken Flüchtlingsschutz, von dem alle profitieren.

Memorandum für einen starken Flüchtlingsschutz

Das am 19.06.2026 veröffentlichte [Memorandum „Es geht auch anders! Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt“](#) wird von Amnesty International, AWO Bundesverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland, Handicap International und PRO ASYL herausgegeben und von über 300 Organisationen, darunter 75 Bundesorganisationen inklusive der Evangelischen Kirche Deutschland, mitgetragen. Es ist weiterhin für [Unterzeichnung](#) offen.

Mit Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention vor 75 Jahren wurden die Rechte von Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen, völkerrechtlich verankert. Das bedeutet, Staaten müssen aktiv Verantwortung übernehmen und dürfen diese nicht anderen Ländern aufdrängen.

In dem Memorandum entwerfen die Organisationen eine Zukunftsvision für einen starken und solidarischen Flüchtlingsschutz im 21. Jahrhundert:

“Verfolgte Menschen finden Schutz. Staatliche Grenzen stehen dem Recht des Einzelnen auf ein Leben in Sicherheit und Würde nicht entgegen. [...] Ein Flüchtlingsschutz, der diesem Anspruch gerecht wird, ist möglich. Was dafür gestärkt werden muss, ist das, was uns als Gesellschaft trägt: Solidarität, Respekt im Umgang miteinander und die Bereitschaft, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Das ist die Basis für einen Flüchtlingsschutz, der für alle funktioniert und das Zusammenleben insgesamt verbessert.”

Warum unsere Stimme zählt

Unsere tägliche Arbeit macht uns zu Expert*innen. Wir retten Menschen aus Seenot, unterstützen Geflüchtete im Asylverfahren und beim Ankommen in der Gesellschaft oder betreiben Unterkünfte, Kindergärten und Beratungsstellen. Wir arbeiten vor Ort mit Schutzsuchenden ebenso wie mit der Gesellschaft, in der sie ankommen. Ohne uns gelingt kein Flüchtlingsschutz.

Dabei erleben wir jeden Tag, dass Solidarität funktioniert. Unsere Beratungsstellen, Sozialarbeiterinnen, Ehrenamtliche aber auch Schutzsuchende, Lehrer*innen, Unternehmen und Nachbar*innen schaffen Schutz, Teilhabe und Perspektiven. Menschenrechte werden nicht abstrakt verteidigt, sondern praktisch, jeden Tag, auch durch uns.

Ein Flüchtlingsschutz für unsere Zeit

Die großen menschenrechtlichen Errungenschaften entstanden aus Erfahrungen von Gewalt, Vertreibung und Menschheitsverbrechen. Eine solche Errungenschaft ist die Genfer Flüchtlingskonvention, die in diesem Jahr 75 Jahre alt wird. Sie enthält ein Versprechen: Dass Menschen Schutz erfahren vor Verfolgung, Krieg oder existenzieller Gefahr.

Doch zwischen diesem Versprechen und der politischen Realität klafft eine wachsende Lücke. Genau hier setzt das Memorandum an. In den fünf Handlungsfeldern **globaler Schutz, gewaltfreie Grenzen und sichere Fluchtwege, faire Asyl- und Gerichtsverfahren und Aufenthaltsperspektiven, Gute Startbedingungen, Teilhabe und Mitbestimmung** haben wir 21 Punkte identifiziert, die wichtige Schritte zu einem starken Flüchtlingsschutz sind.

Worüber wir jetzt reden wollen:

- ▶ **Abschaffung des Konzepts sicherer Drittstaaten.**
- ▶ **Umsetzung und Ausbau des Globalen Pakts für Flüchtlinge, insbesondere bezüglich der Finanzierung des UN-Flüchtlingswerks UNHCR und der Unterstützung von Erstaufnahmeländern.**
- ▶ **Stärkung und Ausbau des europäischen Solidaritätsmechanismus als erstes Beispiel für einen globalen Mechanismus der Verantwortungsteilung.**
- ▶ **Wiederaufnahme der deutschen Resettlementquote sowie aktuell ausgesetzter Familiennachzugsverfahren.**
- ▶ **Grundlegende Reform der Zuständigkeitskriterien in der EU.**
- ▶ **Erleichterte Mobilität für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, u.a. durch die vermehrte Ausstellung von Multiple-Entry-Visa.**
- ▶ **Eine auf Rettung für alle ausgerichtete staatliche Seenotrettung.**
- ▶ **Die konsequente Durchsetzung des Verbots, Geflüchtete durch Grenzpolizei, Küstenwachen oder durch staatliche Kooperation mit Drittstaaten gewaltsam zurückzudrängen.**
- ▶ **Die Abschaffung der Strafbarkeit der irregulären Einreise für Asylsuchende im Aufenthaltsgesetz.**
- ▶ **Statt beschleunigter Verfahren, wie Grenzverfahren und Verfahren für Menschen aus als sicher eingestuften Herkunftsländern, wird jedes Asylgesuch gründlich geprüft.**
- ▶ **Konsequente Ahndung von Vertragsverletzungen der Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission - vor allem bei Zurückweisungen an Grenzen und bei der Aussetzung des Asylrechts.**
- ▶ **Bedarfsgerechte Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten, unter anderem der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung.**
- ▶ **Asylsuchende erhalten im Asylverfahren oder innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach einer Ablehnung die faire Option auf einen Spurwechsel.**
- ▶ **Das menschenwürdige Existenzminimum wird für alle effektiv und diskriminierungsfrei von Anfang an gewährt.**
- ▶ **Staatliche Unterbringung ist nicht als Pflicht, sondern als Angebot ausgestaltet.**
- ▶ **Zugang zu Integrationskursen für alle von Anfang an.**
- ▶ **Sofortiger und uneingeschränkter Arbeitsmarkt- und Bildungszugang für alle.**
- ▶ **Einführung mindestens des kommunalen Wahlrechts für alle, die sich rechtmäßig seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.**
- ▶ **Menschenrechtsbildung ist Standard in Schulen sowie in Trainingseinheiten und Bildungsmaßnahmen bei Erwachsenen.**
- ▶ **Es werden Begegnungsorte für alle geschaffen und bei der kommunalen Stadtplanung priorisiert.**
- ▶ **Bedarfsgerechte und dauerhafte Finanzierung von Bundesprogrammen wie „Demokratie leben“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“.**